

Pressemitteilung

„Brauchen verlässliches Bekenntnis zum Bau“

- Studie zum Tag der BAUINDUSTRIE zeigt Relevanz der Branche
- Neue Prognose für 2024 revidiert Umsatz nach unten

25/24

Berlin, 04.06.2024

Investitionen statt Subventionen – für eine gute Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum, intakte Straßen und Brücken sowie ein modernes und funktionstüchtiges Schienennetz. Jeder in den Bau investierte Euro stabilisiert dabei nicht nur das Baugewerbe mit seinen 2,65 Millionen Arbeitsplätzen. Jede Bauinvestition stärkt auch den Industriestandort und die hiesige Wirtschaft und erzeugt ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Wachstumspotenzial. Das ist das Ergebnis einer Studie zur volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bauwirtschaft, die das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln im Auftrag der BAUINDUSTRIE erstellt hat.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Die Gesamtwirtschaft ist stark vom Bau geprägt. 2019 lag der Anteil des Baugewerbes und seines Vorleistungsverbundes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung bei 7,5 Prozent.
- Eine Steigerung der Bauinvestitionen um zehn Prozent erhöht das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent.
- Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssten in Wohn- und Nicht-Wohnbauten pro Jahr mindestens 33, besser 66 Milliarden Euro investiert werden.
- Im öffentlichen Bau – insbesondere zur dringend benötigten Sanierung und Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der kommunalen Infrastruktur – müssten bis 2030 die Investitionen jährlich um rund 75 Milliarden Euro gesteigert werden.
- Um die nach IW-Schätzungen erforderliche Zahl von jährlich 355.000 neuen Wohnungen zu erreichen, müssten die Investitionen in den Wohnungsbau um gut 20 Milliarden Euro pro Jahr steigen.

Aber: Von Ende 2020 bis Ende 2023 ist die Wertschöpfung des Baugewerbes um real 15 Prozent gesunken. Der Mix aus steigenden Zinsen, globaler Unsicherheit und deutlich höheren Baukosten hat insbesondere den Wohnungsbau getroffen. Einen starken Bremseffekt für die Branche hat die stagnierende Arbeitsproduktivität seit den 90er Jahren. Das Problem: der fehlende technische Fortschritt.

BAUINDUSTRIE-Präsident Peter Hübner: „Das Ergebnis sollte uns Unternehmern, aber auch der Politik zu denken geben. Fakt ist, dass wir künftig mit weniger Menschen mehr bauen sollen und deshalb produktiver werden müssen. Das können wir einerseits aus eigener Kraft erreichen, durch mehr Digitalisierung, industrielle Prozesse sowie unternehmerischen Mut für Innovationen und neue Technologien. Andererseits muss der Staat die unzähligen regulatorischen Hemmnisse abbauen. Keine Branche ist so durchreguliert wie der Bau: vielfältige und ständig neue staatliche Vorgaben, veraltete Regelwerke und kaum digitalisierte öffentliche Verwaltungen prägen das Bild. Die Trennung von Planung und Bau sowie eine strikte, kleinteilige Auftragsvergabe gibt es in keiner anderen Branche, nur am Bau. Stattdessen brauchen wir mehr Flexibilität bei der öffentlichen Beschaffung und eine bessere Kooperation aller Projektpartner auf Augenhöhe. Die Politik sollte dieses Ergebnis ernst nehmen und genau dort ansetzen. Das kostet keinen Cent extra – nur ein verlässliches Bekenntnis zur Bauindustrie.“

Studienautor Prof. Dr. Michael Voigtländer vom IW: „Die Aufgaben für die Bauwirtschaft sind riesig und volkswirtschaftlich bedeutsam. Ohne eine Verbesserung der Infrastruktur kann die Wettbewerbssituation Deutschlands nicht verbessert werden, und ohne mehr Investitionen in den Gebäudebestand lassen sich die Klimaschutzziele nicht erreichen. Angesichts des Fachkräftemangels und der schon heute bestehenden Probleme, Fachkräfte zu gewinnen, ist eine Ausweitung der Beschäftigung kein Weg, um die zusätzlichen Investitionen zu stemmen. Daher gilt es umso mehr, durch zum Beispiel serielle Produktion und bessere regulatorische Rahmenbedingungen die Produktivitätspotenziale der Bauwirtschaft zu heben.“

Prognose für das Baujahr 2024

Hübner: „Wir befinden uns im vierten Jahr der baukonjunkturellen Schwäche. Eine Wende wird es auch in diesem Jahr nicht geben. Wir sind ins Jahr gestartet mit einer Prognose von minus 3,5 Prozent. Diese haben wir auf minus 4 Prozent nach unten revidiert. Grund ist, dass auch der Öffentliche Bau schwächer laufen wird als erwartet.“

Das Jahr werde zwar nach wie vor bestimmt von einer drastischen Schwäche im Wohnungsneubau, in dieser Sparte werden die Umsätze um 12 Prozent zurückgehen (real). Im Öffentlichen Bau erwarten wir jedoch anstelle eines leichten Plus mittlerweile einen Rückgang um 0,5 Prozent, auch weil die Erwartungen an die Steuereinnahmen und damit an die Investitionen nach unten revidiert wurden. Einziger Wachstumsbereich bleibt der Wirtschaftsbau mit einem Umsatzplus von 1,5 Prozent, auch wegen Großaufträgen der Deutschen Bahn, der Stromnetzbetreiber und dem kommunalen ÖPNV.

„Besonders schmerzt eine weitere Zahl: Bei der Beschäftigungsprognose erwarten wir einen Abbau von 10.000 Beschäftigten. Hält man die Ergebnisse der Studie dagegen, kann es nur eine Lösung geben: Bauen, bauen, bauen.“

Alle Infos: <https://www.bauindustrie.de/tbi24>